

Vom SLZ zum KB - Autoren Rudi Christian, Erik Merks

Die Anfänge der Lehrlingsbewegung.

Im zweiten Halbjahr 1968 war es nicht mehr zu übersehen. Im Schatten der Studentenbewegung trat als neuer Akteur der APO eine eigene Lehrlingsbewegung (LB) auf, deren Themen vor allem die Mängel in der Ausbildung, die fachlichen Unzulänglichkeiten im Berufsschulbetrieb und die hierarchische Ordnung in den Ausbildungsbetrieben waren. Die Kritik war nicht neu. Neu war, dass die Lehrlinge dies mit Protesten in die Öffentlichkeit trugen. Dabei hatte Hamburg eine Vorreiterrolle. Bereits Anfang 1968 gab es Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen. Eine von 20 000 Lehrlingen unterschriebene Petition an die Bürgerschaft führte zu Fahrpreisermäßigungen. Die Lehrlinge erhielten ihre Monatsfahrkarte danach zum Studententarif. Lehrlinge in Bremen und Kiel folgten dem Beispiel. Im September '68 ließen Lehrlinge der Barmbeker Maschinenfabrik Heidenreich & Harbeck bei einer Freisprechungsfeier von 3500 Lehrlingen Protestflugblätter von der Balustrade der Handelskammer regnen, was für erhebliche Erregung sorgte. Am 8. November '68 organisierten die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), Jugendvertreter und die Gewerkschaftliche Studentengruppe (GSG) die erste Hamburger Lehrlingsdemonstration, bei der ca. 800 Jugendliche durch die Innenstadt marschierten und Kreuzungen blockierten. Für Medieninteresse sorgte am 14. März '69 auch eine Aktion der SDAJ. Bei einem symbolischen Arbeiterjugendtribunal saßen Lehrlinge über Konzernchefs und Bundesregierung zu Gericht und im Juli mobilisierte der DGB 10 000 Teilnehmer zur größten Manifestation der Lehrlingsbewegung in Köln. Der Unmut der Teilnehmer richtete sich aber nicht nur gegen das geplante Berufsbildungsgesetz der Regierung, sondern auch gegen den DGB selbst. Der nämlich hatte vorher den von der DGB-Jugend vorbereiteten „Sternmarsch auf Bonn“ abgeblasen, weil die Führung befürchtete, dass ihr das Heft bei den Auszubildenden aus der Hand gleiten würde. Schon wenige Tage darauf trug ein Trauerzug der SDAJ in der Hamburger Innenstadt die weiterhin gültige Reichsgewerbeordnung von 1869 zu Grabe. Für die weitere Entwicklung der Lehrlingsproteste in Hamburg spielten jedoch weniger die Proteste gegen das neue Berufsausbildungsgesetz eine Rolle als die Ereignisse um den 1. Mai '69. Antiautoritäre Gruppierungen der APO, darunter das „Sozialistische Lehrlingszentrum“ (SLZ), kritisierten den DGB für seine „Politik der Verschleierung der Klassengegensätze“. Man habe aus dem 1. Mai ein inhaltsloses Volksfest gemacht. Nun zogen 3000 APO-Anhänger in einem Demonstrationszug von der Moorweide zum Rathausmarkt und sickerten in kleinen Gruppen in die von knapp 10 000 Menschen besuchte DGB-Kundgebung. Die folgende Störung durch Sprechchöre, Farbbeutelwürfe und Leuchtraketen kommentierten die Medien unisono als „heißesten 1. Mai, den Hamburg bisher erlebte“. Die Demonstranten zogen anschließend bei strömenden Regen durch die Innenstadt zum Heiligengeistfeld und leisteten sich kleine Scharmützel mit der Polizei. Der DGB-Vorstand sprach von „Terror der APO“ und erteilte jeglicher möglichen Zusammenarbeit eine generelle Absage, was aber in den Einzelgewerkschaften nicht unwidersprochen blieb.

Akteure der Hamburger Lehrlingsbewegung

Die Lehrlingsbewegung in Hamburg setzte sich aus einem heterogenen Spektrum von Gruppen zusammen, die unterschiedliche politische Strategien verfolgten. Gemeinsamer Treffpunkt und Ort für politischen und gewerkschaftlichen Austausch der Akteure und Interessierten war der Jour-fix im DGB-Haus. Wichtiger Akteur war u.a. die „Gewerkschaftliche Studentengruppe“ (GSG) an der Akademie für Wirtschaft und Politik (später HWP), einer Einrichtung des Zweiten Bildungsweges. Die GSGler verfolgten eine „antikapitalistische Gewerkschaftsstrategie“. Praktisch bedeutete das, politische Strukturen der sich herausbildenden Lehrlingsbewegung in die Gewerkschaften zu integrieren – alles andere war aus ihrer Sicht „Sektierertum“. Mit dieser Integrationsperspektive verfolgten sie aber zugleich das Ziel, eine neue Gewerkschaftspolitik durchzusetzen: „...der Kampf der Lehrlinge wird und muss gleichzeitig auch ein Kampf in den Gewerkschaften sein“. Für die GSG-Gruppe hieß das, den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie und für „innergewerkschaftliche Demokratie“ aufzunehmen, um die Gewerkschaften perspektivisch gesehen in eine „autonome, kämpferische Interessenvertretungen“ mit einer antikapitalistischen Ausrichtung umzuwandeln.

Neben der GSG orientierte auch die SDAJ auf die Gewerkschaftsarbeit. Der im Mai 1968 gegründete kommunistische Jugendverband bildete faktisch die Jugendorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die sich offiziell erst am 25. September 1968 konstituierte. Sowohl SDAJ als auch DKP orientierten sich am offiziellen Marxismus-Leninismus der DDR, deren Staats- und Gesellschaftsordnung als Vorbild diente. Hamburg bildete eine der Hochburgen der SDAJ und hatte hier bereits 1969 mehrere hundert, in der Regel sehr junge Mitglieder. Sie verstand sich als „konsequente Interessenvertreterin“ der Arbeiterjugend und sah in der Mitarbeit in der Gewerkschaftsjugend ein zentrales Betätigungsfeld. Als Hauptgegner galten das „Monopolkapital“ und die „Konzernherren“, die für die Situation der Berufsausbildung verantwortlich gemacht wurden.

Das Sozialistische Lehrlingszentrum (SLZ) in der Hochallee 21

war der Vorläufer des Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrums (SALZ). Die erste Initiative kam von Mitgliedern des Radikalsozialistischen Bundes (RSB), einer Gruppierung innerhalb des SDS. Die Akteure des RSB, der selbst nur ein kurzes Dasein führte, unterschieden sich kaum von der Mehrheit des SDS. Das Verbindende war zum Zeitpunkt seiner Gründung Mitte '68 hier wie dort die antiautoritäre Einstellung, für die die chinesische Kulturrevolution (1966 - 75) als Vorbild diente. Es gab aber eine Besonderheit: Die wenigen Mitglieder des Zirkels waren Studierende mit Berufshintergrund (Sozialarbeiter, Redakteur, Buchhändler, Schlosser, Elektriker, Lehrer, Taxifahrer). Es war daher naheliegend, dass man sich früh der aufkommenden Lehrlingsbewegung zuwandte, in der man den Vorboten einer politischen Neubelebung der Arbeiterklasse sah. Einzelne Lehrlinge, die von den spektakulären Auftritten der Studentenbewegung beeindruckt waren, beteiligten sich mittlerweile an universitären Aktionen gegen die Notstandsgesetze, den Vietnamkrieg und gegen Springer. Mitglieder des RSB, allen voran Erhard Dressel, stellten schon auf der ersten Lehrlingsdemonstration am 8.

November `68 den Kontakt zu Lehrlingen der Blohm & Voss AG und der Howaldt-Deutsche Werft (HDW) her. Von da an erfolgte eine Mobilisierung im Selbstlauf, die zu regelmäßigen Samstagtreffen mit immer neuen Interessierten im Keller der Hochallee 21 führte. Dort verständigte man sich über anstehende Aktionen und dann auch über Bildungs- und Organisierungsfragen. Um sich zu identifizieren gab sich die Gruppe den Namen „Sozialistisches Lehrlingszentrum“ (SLZ). Das SLZ entwickelte sich zu einem von mehreren organisierenden Akteuren der Lehrlingsbewegung.

Im Gegensatz zur orthodox marxistisch ausgerichteten SDAJ orientierten sich Gruppen wie das SLZ oder die Arbeitsgemeinschaft Junger Gewerkschafter (AJG) aber an antiautoritären Politikansätzen.

Die Gewerkschaften sah man eher als politische Vertretung der Sozialdemokratie denn als wirkliche Interessenvertretung der Arbeiterklasse an. Eine ähnliche Ausrichtung wurde auch von der APO Bergedorf vertreten – einer Stadtteilgruppe, in der ein eigener Lehrlings-Arbeitskreis existierte.

Selbstorganisation im SLZ

Beim Wochenendtreff in der Hochallee 21 bildeten sich die ersten Projektgruppen, die sich mit der Vorbereitung betrieblicher, berufsmäßiger, antimilitaristischer oder antiimperialistischer Aktionen beschäftigten und diese mit Unterstützung der SDS/RSB-Aktivisten auch zur Durchführung brachten. Praktisch waren das Flugblattaktionen vor Betrieben, Berufsschulen und politische Agitation in betrieblichen Ausbildungszentren. Dabei hatte man stets neue Kontakte und die Bildung weiterer Lehrlingsgruppen im Auge. Das gab dem ganzen Vorhaben zwar eine gewisse innere Struktur, doch hatte man es auch mit einer erheblichen Fluktuation unter den Angesprochenen zu tun. So entwickelte sich im Zentrum des SLZ bald die Überzeugung - beschleunigt auch durch die erfolgreiche Arbeit der SDAJ - von der naturwüchsigen sporadischen Praxis zu einer kontinuierlichen geordneten Arbeitsweise überzuleiten. Als Ausdruck eines gewissen ideologisch-organisatorischen Prozesses wurde im Mai `69 ein Schulungsprogramm zusammengestellt, das die wesentlichen Elemente des wissenschaftlichen Sozialismus umfasste. Was darüber hinaus politisch und organisatorisch zu geschehen habe, entzweite aber bald die maßgeblichen Akteure um die Hochallee 21.

Unterschiedliche Positionen

Die Gruppierung um die Gründer des SLZ / SALZ

Die Mitte `69 erfolgte Umbenennung des SLZ in Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ) war weniger einem tatsächlichen Zugang von Arbeitern zuzuschreiben als der Tatsache, dass einige der Lehrlinge ausgebildet hatten und fortan als Facharbeiter galten. Es signalisierte aber den selbstgesetzten Anspruch der Gründer und der mittlerweile vorhandenen betrieblichen Aktivisten. Bei diesen herrschte die vage Vorstellung, dass man ein alternatives Organisationsmodell finden müsse, in dem „die Basis die Entscheidungen trifft“. Perspektivisch strebte man branchenmäßig organisierte Gruppen an und

zusammenführend ein Beratungsgremium von Gruppenvertretern. Politisch sah man sich auf einer antimilitaristischen und radikalgewerkschaftlichen Linie. In Zusammenarbeit mit dem SDS, GSG, SDAJ und anderen organisierte das SLZ zum 1. Mai '69 den erwähnten spektakulären Protest gegen die „sozialdemokratische Familienfeier“ auf dem Rathausmarkt. Was waren die Themen des SLZ? Neben der Ausbildungssituation, der Vorbereitung von Aktionshöhepunkten und der Mitgliederwerbung waren z.B. bei Blohm & Voss Internationalismus, Rüstungsproduktion und Faschismus Themen der Betriebsagitation. Jugendvertreter, dann auch Mitglieder des IGM-Vertrauensleutkörper und einzelne Mitglieder des Betriebsrats, forderten die Wiederanbringung einer verschwundenen Gedenktafel für die Opfer der Nazizeit und die Entlassung des ehemaligen Gestapochefts und Nazi-Massenmörders Bruno Streckenbach, der hier unbehelligt sein Prokuristengehalt bezog.¹ Gleichzeitig prangerte man den Bau von Korvetten für das faschistische Regime in Portugal an, deren Bau gegen ein UNO-Embargo verstieß. Ab Mai '70 erschien die „Arbeiterzeitung“ als Betriebszeitung für Blohm & Voss.

Und organisatorisch? Die hier geschilderte Praxis basierte bis Mitte '70 nach wie vor auf einer weitgehend sporadischen und naturwüchsigen Organisationsweise. Man hatte sich zwar schon auf einen Delegiertenrat verständigt, dessen Mitglieder „nach Qualifikation und Aktivität“ bestimmt werden sollten, aber Initiative und Durchführung hingen weiterhin weitgehend von der Beteiligung einiger aktivistischer Bewohner des Zentrums Hochallee und studentischer Aktivisten ab, die sich mit Haut und Haar in diese Arbeit warfen. Ein Zustand, der die Einzelnen auf Dauer aber überforderte und einer vorgestellten geordneten Arbeitsweise im Wege stand. Noch weniger konnte von einem politischen Programm die Rede sein. Doch wie konnte eine Alternative aussehen?

Auf autoritärer Gegenposition: Ein „nichtexistenter“ SALZ-Rat

Wie gesagt strebten ab Ende '69 unterschiedliche Initiativen aus dem universitären Bereich in Richtung „Parteiaufbau“. Fast jede dieser maoistisch orientierten Gruppierungen sah sich auf dem Weg zu einer KPD-Nachfolgeorganisation. Das galt auch für einen Teil der SLZ/SALZ-Aktivisten der Hochallee 21, die ein Konzept entwarfen, das vorsah, erst nach einer längeren „intensiven Schulungsphase und entsprechender Qualifizierung mit der politischen Arbeit auf gehobener Stufe fortzufahren“.

Der größere aktionistisch und basisdemokratisch orientierte Teil der Aktiven sah darin allerdings die Tendenz zu unproduktiver Selbstbeschäftigung und der Ablösung von der Lehrlingsbasis. Und auch sie zitierten inzwischen Lenin. *„Die Schulung zur Losung erheben... ist... ein Fehler, der darin besteht, die politischen und organisatorischen Aufgaben nach dem jeweiligen Schulungsstand zu bestimmen.“* Doch dieser Hinweis von höchster Stelle fruchtete nicht bei den Neo-Leninisten. In der Hochallee gründeten sie ein fraktionelles Zentrum, den „SALZ-Rat“. Kriterien sollten die „Zustimmung zum Konzept der Intensivschulung“ und die „Zugehörigkeit zur revolutionären proletarischen Linie“ sein, wobei die *„Proletarisierung ganz einfach durch Selbstreflektierung!! erfolgen“* könne. (siehe ²) Samstägliches Palaver und zielloser Aktionismus würden damit ersetzt durch ausdiskutierte Ansagen und vorausschauende Planung. Das kam bei Basisdemokraten nicht gut an. Am 27.9.69 fand im Republikanischen Klub eine Vollversammlung des SALZ statt, die feststellte, dass *„Diskussion und*

Organisationsvorstellungen des SALZ-Rat bestimmt sind durch den Lesestand seiner Aktivisten, keineswegs aber durch ...Erfahrung und Praxis in Betrieben und Berufsschulen.“ Der „SALZ-Rat“ wurde einstimmig für „nichtexistent“ erklärt. ²

Mangels Basis verließen nun die Vertreter der SALZ-Rat-Fraktion mehrheitlich das SALZ und kooperierten mit anderen temporären Kleingruppen und politischen Wohngemeinschaften, die sich inzwischen ebenfalls der „revolutionären proletarischen Linie“ und dem „Aufbau einer neuen KP“ verpflichtet fühlten. Ihre Namen waren ebenso phantasievoll (SALZ-ML, SALZ-Bolschewiki , MLJ u.a.) wie ihre Existenz flüchtig war.

Eine besondere Rolle kam in der Folgezeit der sogenannten Regionalzentrale-Nord zu (auch Goltermann-Gruppe) die bereits mit dem gescheiterten SALZ-Rat kooperiert hatte, sich nun aber der SALZ-Mehrheit andiente. Dieser Gruppe gelang es ab Mitte 70 aufgrund ihres halbprofessionellen Hintergrundes auf die Weiterentwicklung des SALZ maßgeblich Einfluss zu nehmen.

Ein ehemaliger Aktivist, Schulungsverantwortlicher und Vertreter einer Grundeinheit erinnert sich:

Von der Lehrlingsorganisation SLZ zur Kaderorganisation des SALZ

„Da das SLZ und später das SALZ bis Ende 1969 außer dem Jour-Fix über keine Organisationsstruktur und keine Führungsebene verfügte, gab es auch keine feste Mitgliedschaft. Man traf sich wöchentlich im Keller der Hochallee 21, redete, schrieb Flugblätter, plante Lehrlingsaktionen. Einige träumten von der sozialistischen Revolution. Schwerpunkte waren jedoch die Planungen von Aktionen zur Verbesserung der Ausbildungsbedingungen in den Betrieben. Einige Lehrlinge blieben weg, andere kamen hinzu. Es gab gesonderte Schulungstermine mit marxistischen und maoistischen Themen, aber die Teilnahme war nicht verpflichtend. Bestrebungen einzelner Hochalleebewohner, diesen Status zu überwinden, wurden von der Mehrzahl der Lehrlinge abgelehnt. Bei den SALZ-Altmitgliedern wuchs jedoch die Erkenntnis, dass die Organisation in dieser unverbindlichen, lockeren Form keinen dauerhaften Bestand haben kann. Man konnte gut mobilisieren, siehe 1. Mai 1970, oder erstellte und verteilte die Arbeiterzeitung bei Blohm & Voss, aber es bestand keine Einigkeit über den Aufbau der Organisation.

Kurze Zeit nach einem Findungswochenende in der Heide trat die Goltermanngruppe dem SALZ bei und übernahm nach kurzer Zeit die Führung. Mit dem Eintritt der Gruppe wurde innerhalb weniger Monate aus dem antiautoritären Verein eine straffe, konspirative Kaderorganisation.

Die Zentrale wurde von der Hochallee in die Innocentiastraße verlegt. Anlaufstelle und Kontaktadresse wurde der neu gegründete Buchladen „Arbeiterbuch“ im Grindelhof.

Die Führungsgruppe ZAK (Zentrales Aktivisten Komitee) ernannte sich selbst und war berechtigt weitere Mitglieder zu kooptieren.

Die Aktivisten leiteten jeweils eine Grundeinheit. Aktivisten wurden durch das ZAK benannt. Jeder Aktivist musste vorab einen Kandidatenstatus durchlaufen. Die Mitglieder kannten nur ihre jeweilige Grundeinheit, weitere Kontakte innerhalb der Organisation gab es nicht. Die Führungsaktivisten des ZAK gaben sich konspirative Decknamen mit denen sie sich ansprechen ließen (Willi, Heinz usw.)

Die Aufgabe der Mitglieder bestand nun in der verbindlichen Teilnahme an wöchentlichen Schulungen und dem Verteilen der B&V-Arbeiterzeitung und ab Februar '71 der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (KAZ) vor den Betrieben. Die Schulungsabende fanden in wechselnden privaten Wohnungen statt. Um den Verfassungsschutz zu überlisten, wurde ein Radio auf der Fensterbank eingeschaltet. Die Enttäuschung war immer groß, wenn man feststellte, dass kein Fahrzeug des Verfassungsschutzes mit Richtantenne und Richtmikrofon in der Nähe der Wohnung gesichtet werden konnte.

Die Mitglieder des „Zentralen Aktivisten Komitee“ sahen sich zunehmend in der Rolle von legitimen Erben der verbotenen KPD, waren maoistisch ausgerichtet und grenzten sich „in aller Schärfe von den Revisionisten der DKP“ ab, aber ebenso von anderen maoistischen Gruppen. Die SDAJ die mit einigen Mitgliedern anfangs in der Hochallee präsent war, wurde als Gegner betrachtet. Bündnispolitik wurde abgelehnt.

Sobald die Mitglieder den Kandidatenstatus erfolgreich hinter sich gebracht hatten, als gefestigt und absolut linientreu galten, verfügten sie über kein eigenes Einkommen mehr. Löhne, Gehälter, Sparguthaben gehörten der Organisation. Die Organisation stellt dem jeweiligen Kader die Summe zur Verfügung, die nach geprüfter Auflistung zum Leben und zur persönlichen Regeneration notwendig war.

Der Zulauf zur Organisation war phasenweise stark. Die jungen Leute fanden es aufregend einem Geheimbund anzugehören. Das Räuber- und Gendarmenspiel machte Spaß, ein Leben in der Illegalität, verfolgt von der Staatsgewalt – die sozialistische Revolution vor Augen...

Das Privatleben wurde in der Organisation abgestimmt. Wohnungswechsel, Berufswahl, Arbeitsplatzwechsel mussten vorab diskutiert werden. Einige Mitglieder, die nach der Lehre erfolgreich die Aufnahmeprüfung zur HWP bestanden hatten, durften ihr Studium nicht antreten, weil die Betriebsarbeit als Schwerpunkt galt.

Betriebsarbeit hieß, der Betriebsarbeiter sollte sich im Betrieb unter den Kollegen verankern, sich gewerkschaftlich organisieren aber sich gleichzeitig von gewerkschaftlichen und betriebsverfassungsrechtlichen Gremien (Vertrauenskörper, Betriebsrat) fernhalten, um diese dann, wenn die Zeit gekommen schien, als Verräter zu entlarven und den Aufstand zu organisieren.

Streng konspiratives Handeln war unabdingbar. Der Kader durfte sich nicht als Revolutionär zu erkennen geben. Eine betriebliche Basis ließ sich aber damit nicht aufbauen.

Erfolge und die zunehmende Verankerung in den Betrieben wurden oft herbeigeschwindelt.

Der 1. Mai 1970 diente solch einem Selbstbetrug. Da der 1. Mai seit 1969 (Heißer 1. Mai auf dem Rathausmarkt) seitens des DGB nur noch in geschlossenen Räumen gefeiert wurde, sah sich das SALZ in der Verpflichtung und gründete in vielen Hamburger Betrieben sogenannte Mai Komitees. Die Mai Komitees sollten den Eindruck entstehen lassen, dass sich die Arbeiterklasse diesen Verrat der DGB Gewerkschaften nicht gefallen ließ und sich in Eigeninitiative, natürlich durch SALZ Betriebsarbeiter initiiert, zum 1. Mai erhebt. Flugblätter mit den Überschriften wie „Schon 14 Mai Komitees in Hamburg“ wurden vor den ausgewählten Betrieben und an der Uni verteilt. Es entstand der Eindruck, besonders unter Studenten, das SALZ sei auf dem Weg die Massen zu organisieren. Von diesen vielen Mai Komitees bestand tatsächlich kein einziges in einem Betrieb! Die Teilnehmer an den Gründungstreffen in einer Gasstätte vor dem jeweiligen Betrieb hatten diesen Betrieb noch nie von innen gesehen.

Gleichzeitig wurde versucht über die Gewerkschaftlichen Studentengruppen (GSG) an der HWP und an der Uni in die Gewerkschaftliche Schulungsarbeit einzusteigen. 1970 startete der DGB, beunruhigt durch die Entwicklung in der Ausbildung, ein Projekt zur gesellschaftspolitischen Schulung von Lehrlingen in Ausbildungsbetrieben. nStudenten der

GSG übernahm die Teamerfunktion. Es engagierten sich überwiegend Mitglieder des SALZ, die selbstverständlich versuchten zu überzeugen, dass die Gewerkschaften ihrer Aufgabe nicht gerecht werden und letztlich Verrat an der Arbeiterklasse üben. Das Programm wurde nach 6 Monaten eingestellt. Man konzentrierte sich zunehmend auf den studentischen Bereich, in dem das SALZ mittlerweile den Status eines erfolgreichen proletarischen Organisationsansatzes genoss, den es nun konsequent weiter zu entwickeln gälte. Studenten brachen in der Folge ihr Studium ab und zogen als ungelernte Arbeiter in die Industriebetriebe. Eine Gruppe von B&V-Lehrlingen verließ Mitte 70, müde der aus ihrer Sicht unproduktiven Debatten und falschen Weichenstellungen, das Salz in Richtung der im September `69 neu gegründeten DKP. Ein deutliches Zeichen dafür, dass sich diese Form des Selbstbetrugs nicht dauerhaft aufrecht erhalten ließ. Die erträumten Erfolge blieben aus und die Höhe des Mitgliedsbeitrages untergrub jeden bescheidenen Gedanken an ein Leben oberhalb des Existenzminimums. Die Lehrlingsbewegung spielte keine Rolle mehr. Es folgten Abspaltungen. 1970 verließ auch die Bergedorfer Gruppe (ehemals BALZ um Fritz und Inge Brand) die Organisation. Reinigungsprozesse und Ausschlüsse sollten die Kaderorganisation festigen, die sich Oktober `71 in KB umbenannte.“⁴

Die Goltermann-Gruppe alias „Regionalzentrale Nord“ (RZ-Nord)

Der Verband der Kriegsdienstgegner (VdK) geriet 1968 in starkem Maße in den Sog der Studentenbewegung; 1969 war der Gegensatz zwischen Pazifisten und militanten Sozialisten so stark geworden, dass der Verband faktisch lahmgelegt war. Auf dem Bundesdelegiertenkongress am 19./20. April 69 in Stuttgart hatte der militante Flügel sich eine Mehrheit organisiert, die sich als „integraler Bestandteil der Außerparlamentarischen Opposition“ und als „sozialistischer Kampfverband“ verstand. Die Konzeption der Gruppe: Über Militarismus Kritik zur Kapitalismuskritik und über die Bundeswehrarbeit an den kleinstädtischen Standorten zu einer Zusammenarbeit der Linken Norddeutschlands zu kommen. In Hamburg vertrat an vorderer Stelle Klaus Goltermann diese „neue VdK-Mehrheit“. Die erste Maßnahme der Gruppe Goltermann bestand im Umzug und der Gründung einer Großkommune mit angeschlossenem VdK-Büro am Rondeelteich 25. Damit war eine personelle und materielle Basis geschaffen, um das vorher lose Netz der militanten VdK-Sozialisten über Hamburg und Schleswig-Holstein hinweg fester zu knüpfen und diese regionale Struktur in den laufenden Organisationsprozess der Linken einzubringen.

Die Etablierung der RZ-Nord-Gruppe im SALZ

Ende `69 hatte das SLZ/SALZ sich zwar mit einem Statut eine größere Verbindlichkeit auferlegt, doch mit der Umsetzung haperte es. Fast schien es, als ob die Abneigung gegen Autoritäten unter Lehrlingen und Jungarbeitern stärker war als an der UNI, wo das Antiautoritäre zu dieser Zeit recht übergangslos in der zentralistisch argumentierenden ML-Szene verschwand. Indessen minderte die noch immer fehlende Zentralisierung nicht die Aktivität der SALZ-Gruppen, die mit einer eigenen Demonstration am 1. Mai `70 noch einmal ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis stellten. Ca 3000 überwiegend junge Teilnehmer zogen an diesem Tag vom Hansaplatz an die Landungsbrücken. Dennoch sollte seine

„organisatorische Unbesorgtheit“ der Weiterentwicklung des SALZ enge Grenzen setzen. Die offene Basisarbeit machte das SALZ anfällig für jede Form von organisierter Unterwanderung. Und sein Zugang zur Jungarbeiterklasse war das, was den diversen ML-Gruppierungen am meisten abging und imponierte.

Am zielstrebigsten wussten das die Akteure der Gruppe Goltermann zu nutzen, die sich nach dem Wahlerfolg auf der Stuttgarter Konferenz des VdK weniger für die Beratung von Wehrunwilligen als für den Aufbau einer „sozialistischen Kaderorganisation“ interessierten. Dieser kleinen Gruppierung gelang es darum im Laufe des Jahres '70, sich im SALZ zu etablieren allein dadurch, dass sie mit Personal und Mitteln des VdK jederzeit Unterstützung mobilisieren konnte. Und aus ihrer Verfügbarkeit leitete sie relativ bald einen Führungsanspruch ab.³ Auch hielt sie auf strikte Konspiration (Siehe Erlebnisbericht). Ihre Mitglieder traten nie als Gruppe in Erscheinung. Auch das Rondeel blieb SALZ-Mitgliedern verschlossen. So konnte auch ihr destruktives Vorgehen im VdK unbemerkt bleiben. Dessen unzweifelhaft wichtige Aufgabe, die Beratung von Kriegs-dienstverweigerern, kam durch das Vorgehen der Gruppe Goltermann für einen längeren Zeitraum zum Erliegen.

Nachdem dem SALZ so über Nacht ein veritables Hauptquartier zugefallen war, inclusive „Kaderakten“ des VdK aus Hamburg und der norddeutschen Region, wuchs dem nun zunehmend organisationslastigen aber politisch-ideologisch noch unterentwickelten „SALZ“ mit dem Arbeiterbund (KAB) ein politisch potenterer Flügel zu, ohne den die weitere Entwicklung kaum so hätte stattfinden können.

Der Arbeiterbund (KAB)

Der KAB wird in den Selbstdarstellungen des „Neuen Salz“ als *„kleiner aber feiner Theoriezirkel beschrieben, der aber ein gutes pragmatisches Gespür hatte für das, was bei gegebenen Voraussetzungen politisch zweckmäßig und machbar war.“* Wegen seiner geringen Größe sei er aber nicht zu einer eigenständigen Praxis in den Betrieben oder auf der Straße fähig, während es den Vertretern des Salz *„am Potential gefehlt habe, das so zu formulieren, wie es der AB konnte.“* Was da so schwer zu formulieren war, war die angestrebte Positionierung zwischen der maoistisch orientierten KPD/ML, aus der die KAB-Leute kamen, und der traditionell moskauorientierten „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP). Das betraf dann vor allem die Aktualität der Faschismusgefahr, die Bewertung der SPD, die Gewerkschaftsfrage und später auch die Kritik an der RAF. *„So fügte sich das glänzend zusammen“*, wie sich Klaus Goltermann später erinnert. *„Wir haben kein Hehl gemacht aus unseren Lücken, und der KAB hat auch nicht erzählt, er sei eine proletarische Organisation, obgleich der Name das vielleicht nahelegen konnte.“*

Im November 1971 kam man überein, das SALZ und den Hamburger KAB-Zirkel unter dem Namen „Kommunistischer Bund“ (KB) zusammenzuschließen. Mit der Gründung des KB wurde auch das SALZ-Organ *„Kommunistische Arbeiterzeitung“* eingestellt. *Statt ihrer erschien der 'Arbeiterkampf' (AK) als überregionale Zeitung des KB, der heute noch als 'Analyse und Kritik' (AK) publiziert wird. In der zweiten Hälfte '70 erfolgten zur Kursbereinigung erste Ausschlüsse sogenannter „Ökonomen“.*⁴

Der Kommunistische Bund (KB)

Vom „organisatorischen Erfolgsmodell“ ...

Der KB war, was seine Mitglieder betrifft, trotz seiner Herkunft aus der Hamburger Lehrlingsbewegung, vorwiegend in den Mittelschichten verankert. Das hat auch die anfängliche Praxis, möglichst alle Mitglieder und Sympathisanten in die Betriebe zu schicken, nicht ändern können. Schüler und Studenten haben oft große Anstrengungen unternommen, sich

als Ungelernte in Betriebsabläufe hineinzufinden, aber mehr oder weniger bald das Handtuch geworfen, um unterbrochene akademische Berufswege wieder aufzunehmen oder schulische Abschlüsse nachzuholen.

Diese „idealistischen Betriebszellen“ des KB hielten sich bis Mitte der siebziger Jahre in einer Reihe Hamburger Unternehmen, insbesondere solchen der Metall- und Chemieindustrie. Sie überdauerten nur in Form einzelner Mitglieder, die sich in Jobs und Belegschaften, auch in Gewerkschaften und Betriebsräten „integriert“ hatten, auch wenn sie nach ihrem Einstieg als Ungelernte meist keinen Zugang zu Ausbildungsberufen und besseren Einkommen fanden. Andere schlossen sich im Unternehmen vorhandenen DKP-Betriebsgruppen an. Einzelne Mitglieder, die aus Arbeiterfamilien stammten, blieben indessen Exoten.

...zum politischen „Trüffelschwein“

Nach dem Scheitern des Versuchs, in den Betrieben Fuß zu fassen, gab der KB die Orientierung auf Arbeiterpolitik auf und wandte sich ab `75 den neuen linken Trendthemen wie der Antiatomkraft-Bewegung zu. Die Öffnung hin zu neuen Themen veränderte allerdings immer mehr auch den Bund selbst. *„Subjektivistische Politikansätze, in denen die Emanzipation des Einzelnen im Mittelpunkt stand, gewannen trotz der Kritik der Hardliner innerhalb des Bundes an Gewicht, und die Frage der Vereinbarkeit von Feminismus, Homosexualität, Ökologie und den überkommenen marxistischen Theoremen entzweite die Mitgliedschaft. Angesichts der Ausbreitung alternativer Lebensformen erschien auch der hierarchische, autoritäre Parteiaufbau, der in der Anfangszeit durchaus dem Willen der Mitglieder entsprochen hatte, zunehmend anachronistisch.“*⁵ Ende 1979 löste sich ein wichtiger Teil aus dem KB und schloss sich als linker Flügel den Grünen an (Jürgen Trittin, Thomas Ebermann, Rainer Trampert u.a.)⁵

Die verbliebenen Mitglieder versuchten in den 1980er- Jahren noch einmal, neue Perspektiven einer revolutionären linken Politik zu definieren. Endgültig zerbrach der Kommunistische Bund schließlich an der Frage der Bewertung der deutschen Einheit und des Umgangs mit der PDS.“

Schlussbetrachtung

Wie seine Konkurrenzorganisationen auf der äußersten Linken (KPD/AO, KBW, KPD, KPD/ML, KHB) stellte auch der Kommunistische Bund (KB) einen Zusammenschluss jener lokalen marxistischen Zirkel und Studiengruppen dar, die sich nach dem Zerfall der Studentenbewegung in vielen Städten gebildet hatten. Während er im übrigen Bundesgebiet

nahezu bedeutungslos blieb, konnte er in Hamburg in den späten 1970er-Jahren einen begrenzten Einfluss entfalten, bis die internen Debatten über die Strategie der Gruppe im Gründungsprozess der Grünen Partei zu Spaltung und Niedergang des Bundes führten.

Der KB trug, wie alle ML-Gruppierungen, stark sektiererische Züge. Anders ist kaum zu erklären, dass eine Gruppe ohne ein fundiertes politisches Programm und mit einem nicht wählbaren Leitungskader im vormals antiautoritären Milieu der Studenten und Oberschüler erfolgreich rekrutieren konnte. Mit Mitgliedern, die oft erhebliche Teile ihres Einkommens in die Organisationskasse abführen und schlecht bezahlte Jobs annehmen mussten, um als Aktivisten Anerkennung zu finden! Die bis in die 80er praktizierte Konspiration nach innen und außen tat ein Übriges. Ihr lag die auch im SDS verbreitete panische Auffassung zugrunde, die BRD befände sich mit den Notstandsgesetzen auf dem direkten Weg in den Faschismus, bzw. die These, dass die bürgerliche Demokratie unvermeidlich im Faschismus ende. Trotzdem konnte der Kommunistische Bund (KB) die radikale Linke Hamburgs für eine Reihe von Jahren dominieren und seinen Einfluss auch in Teilen Norddeutschlands geltend machen. Der ursprüngliche Ansatz des SLZ/SALZ, eine alternative basisdemokratische Organisation im jungen Arbeiterklassen-Milieu auszubilden, wurde aber durch das Auftreten der RZ-Nord/KB-Organisatoren zunichte gemacht.

Ausserdem galt für den KB, was Inge Viett ⁶ der bundesdeutschen radikalen Linke insgesamt attestierte:

„Die Linken im Westen haben keinen Begriff davon, wie schwer ihr Mangel an Erfahrung mit der sozialistischen Realität wiegt. Die Geschichte wird ihnen keine neue Gelegenheit bieten. Sie denken in ihrem Hochmut sogar, dass sie es sich leisten können, dies gar nicht als Mangel erkennen zu müssen. Der reale Sozialismus ihrer Zeit, vor ihrer Tür, in der DDR, war für sie die einzige Chance, jemals zu erfahren, wie die Idee vom Sozialismus, also das Ideal, real gesellschaftlich wirksam werden kann und wie nicht. Sie zogen es aber vor, sich von diesem geschichtlichen Prozess zurückzuziehen – ihn aus der Ferne zu benörgeln, zu belächeln.....Sie haben die Chance verpasst, diesen großen historischen Versuch, aus der Kapitalgeschichte wieder Menschengeschichte werden zu lassen, sinnlich und politisch zu begreifen.“

Quellen:

APO-Press, „Lehrzeit keine Leerzeit“ (David Templin) , „Arbeiterzeitung“ (B&V), Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ), „Geschichten vom Trüffelschwein“ (Michael Steffen) , Dokumentensammlung MAO (Jürgen Schröder)

Anmerkungen

1

Bruno Streckenbach (Wikipedia)

Streckenbach wurde bereits im Oktober 33 Leiter der Hamburger Gestapo, dann Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Krakau. In dieser Funktion wurde Streckenbach vom Generalgouverneur

Hans Frank mit der Durchführung der sogenannten „AB-Aktion“ bevollmächtigt, in deren Verlauf etwa 3.500 Männer und einige Hundert Frauen des polnischen Widerstandes summarisch in einem standrechtlichen Verfahren abgeurteilt und hingerichtet wurden. Zum Hintergrund dieser Aktion führte Frank aus, dass mit dem Beginn des Frankreichfeldzuges am 10. Mai 1940 sich das Interesse der Weltöffentlichkeit auf den neuen Kriegsschauplatz richte und damit der Augenblick für eine Liquidierung der polnischen Führungsschicht günstig sei. Streckenbach berichtete Ende Mai 1940, dass die „standrechtliche Aburteilung“ so gut wie abgeschlossen sei. Weitere 1.500 vom SD erfasste Personen wurden ebenfalls im Rahmen der AB-Aktion liquidiert. Ein Kreis von etwa 3.000 sogenannten „Berufsverbrechern“, die „unnötigerweise die Gefängnisse“ füllen und die „auf Grund ihrer geistigen und moralischen Qualitäten für die anderen Menschen nur eine Belastung bedeuteten“, wurden ohne weitere Formalitäten liquidiert (Dienstagebuch Frank). Als BdS in Krakau war Streckenbach auch an der „Entpolonisierung und Entjudung der deutschen Ostprovinzen“ beteiligt.

Ein Militärtribunal in Moskau verurteilte Streckenbach am 18. Februar 1952 zu 25 Jahren Besserungs- und Arbeitslager unter anderem wegen der Beteiligung an Raub, Vergewaltigung und Ausrottung der polnischen Bevölkerung und auch an der Verhaftung und Deportation von 183 Professoren. Anschließend kam er in das Gefängnis Wladimir aus dem er im Rahmen der letzten Gefangenenfreilassung am 10. Oktober 1955 in die BRD ohne besondere Auflagen als „Amnestierter“ entlassen wurde. 1969 ging er in Rente. Ein erstes deutsches Ermittlungsverfahren wurde im September 1956 von der Hamburger Staatsanwaltschaft mit der Begründung eingestellt, „daß auch die weiteren Ermittlungen nicht den Nachweis erbracht haben, der Beschuldigte habe unter der Herrschaft des Nationalsozialismus strafbare Handlungen begangen, deren Verfolgung noch nicht verjährt wären“.

Ein erneutes Ermittlungsverfahren mündete in einer Anklageschrift vom 30. Juni 1973, in der Streckenbach wegen Mordes an mindestens einer Million Menschen beschuldigt wurde. Aufgrund eines letztinstanzlichen Gutachtens des Gerichtsärztlichen Dienstes der Hamburger Gesundheitsbehörde lehnte das Hanseatische Oberlandesgericht am 20. September 1974 die Eröffnung des Hauptverfahrens ab.

Trotz Einsatz in einem für ihn fachfremden Bereich der Ottensener Eisenwerke, einem Betriebsteil der Blohm&Voss AG, hatte Streckenbach Prokura. Rudolf Blohm (Wehrwirtschaftsführer) hielt auch nach Aufdeckung der Nazi-Verbrechen seine schützende Hand über Streckenbach.

2

Kommentar des „SALZ-Rat“ zur Vollversammlung am 26.9.69

„Mit der formalen Rätestruktur festigten die Studentischen Führer (SF) ihre Führungsposition. Ein Beispiel dafür ist die SLZ-Mitgliederversammlung. Einige Alt-SDSler verbreiten vor dem Forum der „immer wieder neu Bewegten.... Die aber dienen nur als Flugblattverteiler oder Drucker.“

Und weiter: „Das SALZ als im Ansatz proletarische Organisation war ... der Hauptangriffspunkt der SDS-Führer. Hier galt es, die systematische Schulungsarbeit zur Aneignung marxistischen Grundwissens umzufunktionieren und als lockere Arbeitsgemeinschaft über Betriebssoziologie, -psychologie, Internationalismus etc. und alles zusammengefasst als Projektgruppe Produktion den studentischen Führern unterzuordnen. Als 2 Studentenfürher in diesem Vorhaben entlarvt wurden, kannten sie als letzten Ausweg nur noch eine Schlägerei.

Statt ihre Proletarisierung (Proletarisierung ganz einfach durch Selbstreflektierung!!) zu schlussfolgern also Bandenbildung.... indem sie sich als Lumpenbourgeoisie an die Spitze des Lumpenproletariats setzen.“

Harter Tobak! Vermutlich hatte man inzwischen Stalins „Kurze Geschichte der KPdSU“ gelesen und wusste, dass es in linken Bewegungen stets von Verrätern, Spionen, Diversanten und Banditen nur so wimmelt.

3

Aus „Einheit, Kritik, Einheit“ Nr. 1(EKE): „SALZ in der Krise“

In dem Artikel setzt sich die RZ-Nord ab von dem erfolglosen Versuch des SALZ-Rat, eine autoritäre Führung im SALZ zu installieren. Er kritisiert aber nur den Zeitpunkt. Der sei zu früh gewesen.: *„Ein zweiter, nun erfolgreicher Versuch zur Überwindung der antiautoritären Phase, konnte erst Ostern 1970 gemacht werden, Er wurde aber nicht auf der bis dahin, vorhandenen SALZ-Basis unternommen, sondern es traten neue Kräfte hinzu, die die alte Basis entschieden erweiterten: einesteils Hamburger Stadtteilgruppen, die vorher isoliert vor sich hinarbeiten mussten, andererseits Gruppen aus dem norddeutschen Raum, die ansatzweise über die bloße Koordinierung der Arbeit hinausgelangen wollten. (Anm. Verf.: bei den behaupteten Gruppen handelte es sich meist um individuelle VdK-Kontakte.) Die organisatorischen Umgestaltungen fanden Ausdruck im neuen Statut des SALZ.... Dieses Statut und seine Verwirklichung in der Praxis sind die ersten Schritte zur Entwicklung eines wirklich demokratischen Zentralismus.*

*Demokratischer Zentralismus, das bedeutet: für alle Mitglieder wird die Möglichkeit geschaffen, sich politisch zu qualifizieren, dass sie Im Laufe der Zeit zu Aktivisten werden können, Sie können alle Entscheidungen des SALZ diskutieren und kritisieren und Gehör in allen Gremien. verlangen (demokratisches Element). **Entscheidungen werden allein von denen gefällt, die praktische und theoretische Erfahrungen haben und soweit persönlich qualifiziert sind, dass sie bereitwillig Ihre gesamte zur Verfügung stehende Zeit für die Organisation einsetzen.**“*

Letzteres bedeutete, das allein die Goltermann-Gruppe die Voraussetzung für „Entscheidungen“ erfüllte, da sie ihren Lebensunterhalt aus Mitteln des VdK bestritt.

4

Anmerkung: Vor der Umbenennung in KB wurden den Verfassern dieses Berichtes und Mitgründern des SLZ/SALZ schriftlich mitgeteilt: „Die Genannten werden ihrer Funktionen enthoben und auf den Status des Sympathisanten zurückgestuft“. Die Begründung: Zusammenarbeit mit einer gegnerischen Organisation. Es ging schlicht um die Weitergabe von Literatur über den Widerstand in den portugiesischen Kolonien an einen interessierten AMS-Kreis.

5

nach Michael Steffen/ „Trüffelschwein“

6

aus Inge Viett „Nie war ich furchtloser“